Akademie für
Lokale Demokratie

Bericht

Befragung der (Ober-)Bürgermeister und Fraktionsvorsitzenden der Kommunen im Erzgebirgskreis (Oktober/November 2013)

Dipl.-pol. Tobias Fuhrmann, M.A.

Inhaltsverzeichnis

1. EINLEITUNG 2

2. THEORETISCHER RAHMEN: KOMMUNALPOLITIK ZWISCHEN KONKURRENZ- UND KONKORDANZDEMOKRATIE 3

3. DATEN UND METHODISCHES VORGEHEN 5

4. AUSGEWÄHLTE ERGEBNISSE DER BEFRAGUNG 7

4.1 Interaktion von Verwaltung und Rat 7

4.2 Parteien in der Kommunalpolitik 8

5. FAZIT 10

6. LITERATUR 11

1. Einleitung

Kommunalpolitik ist in Deutschland sehr unterschiedlich ausgestaltet. Insbesondere im Hinblick auf die kommunalpolitische Bedeutung der Parteien zeigen sich im interkommunalen Vergleich große Unterschiede. Das unterschiedliche Ausmaß der Parteipolitisierung lässt sich analytisch mit Hilfe der idealtypischen Unterscheidung zwischen der kommunalen Konkurrenzdemokratie und der kommunalen Konkordanzdemokratie beschreiben. Umfangreiche empirische Untersuchungen, die über Fallstudien zur Kommunalpolitik in einzelnen Gemeinden hinausgehen, liegen bisher vor allem zur Kommunalpolitik in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg vor (vgl. Holtkamp 2008). Gefördert durch das Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ des Sächsischen Staatsministeriums des Inneren und mit wissenschaftlicher Begleitung von Prof. Dr. Lars Holtkamp (FernUniversität in Hagen) und Prof. Dr. Eckhard Jesse (TU Chemnitz) hat die Akademie für lokale Demokratie e.V. die Funktionsweise der lokalen Demokratie in Sachsen und die spezifischen Ausprägungen der Kommunalpolitik im Erzgebirgskreis empirisch untersucht.

Ziel der Untersuchung war ein besseres Verständnis der tatsächlichen Funktionsweise der lokalen Demokratie und Kommunalpolitik im ländlich geprägten sächsischen Erzgebirgskreis. Die Akademie für lokale Demokratie hat hierzu eine schriftliche Befragung der (Ober-)Bürgermeister und Fraktionsvorsitzenden der drei größten Fraktionen in den 65 Gemeinden des Erzgebirgskreises durchgeführt (N=260). Im Mittelpunkt der Befragung standen die Untersuchung der Interaktion zwischen Bürgern, gewählten Kommunalpolitikern und Verwaltung sowie die Arbeit der Parteien und Wählervereinigungen in den Gemeinden. Außerdem wurden die Einstellungen der Befragten gegenüber den Parteien in der Kommunalpolitik untersucht.

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Befragung zur Ausgestaltung der kommunalen Entscheidungsprozesse sowie zum Ausmaß der Parteipolitisierung der Kommunalpolitik im sächsischen Erzgebirgskreis schlaglichtartig präsentiert. In theoretischer Hinsicht ließ sich aufgrund der geringen durchschnittlichen Gemeindegröße, der institutionellen Rahmenbedingungen der Kommunalverfassung und des niedrigen Organisationsgrades der Parteien eine konkordanzdemokratische Ausgestaltung der Kommunalpolitik im Erzgebirgskreis erwarten (vgl. Bogumil/Holtkamp 2013: 167). Im nächsten Abschnitt dieses Beitrags wird der theoretische Rahmen der Untersuchung erläutert und die Unterscheidung von kommunaler Konkurrenz- und Konkordanzdemokratie dargestellt. Anschließend werden die Daten und das methodische Vorgehen der Untersuchung erläutert. Daraufhin werden die einige ausgewählte empirischen Ergebnisse der Untersuchung präsentiert. Im letzten Kapitel werden die Ergebnisse zusammengefasst.

2. Theoretischer Rahmen: Kommunalpolitik zwischen Konkurrenz- und Konkordanzdemokratie

Die Kommunalpolitik in den deutschen Städten und Gemeinden unterscheidet sich insbesondere hinsichtlich der Bedeutung der Parteien in der lokalen Demokratie. Das unterschiedliche Ausmaß der Parteipolitisierung lässt sich analytisch mit Hilfe der Idealtypen der kommunalen Konkurrenz- und Konkordanzdemokratie beschreiben (vgl. Holtkamp 2008). Analytisch lassen sich zwei Dimensionen von Parteipolitisierung unterscheiden, erstens die Intensität des Parteienwettbewerbs um die politische Macht und zweitens die programmatisch-ideologische Distanz zwischen den Parteien (vgl. Lehmbruch 2000: 20). Ein intensiver Parteienwettbewerb ist dabei bekanntermaßen nicht gleichbedeutend mit starken politisch-programmatischen Unterschieden zwischen den konkurrierenden Parteien (vgl. Downs 1957). Insbesondere auf der kommunalen Ebene sind die Parteiendifferenzen im Policy-Output zudem vergleichsweise schwach ausgeprägt, da der kommunalpolitische Handlungsspielraum verglichen mit der bundes- und landespolitischen Ebene erheblich kleiner ist (vgl. Häußermann 1991).

Das Ausmaß der Parteipolitisierung der Kommunalpolitik hängt wiederrum davon ab, wie sehr „es den lokalen politischen Parteien gelingt, die Kommunalpolitik personell, inhaltlich und prozedural zu monopolisieren“ (Wehling 1991: 150). In der kommunalen Konkordanzdemokratie wird, wie in der von Lehmbruch (1991; 1967) beschriebenen nationalen Konkordanzdemokratie, das Mehrheitsprinzip durch die Einstimmigkeitsregel ersetzt. Kommunale Konkordanzdemokratie ist jedoch im Vergleich zur nationalstaatlichen Ebene vor allem Ausdruck der Schwäche der Parteien bei gleichzeitiger Dominanz von Honoratioren in der kommunalen Vertretungskörperschaft und des hauptamtlichen Verwaltungschefs. Typisch für die kommunale Konkordanzdemokratie sind somit ein geringes Maß an personeller, inhaltlicher und prozeduraler Parteipolitisierung sowie eine ausgeprägte exekutive Führerschaft (vgl. Wehling 1991). Die personelle Parteipolitsierung kommt in dem Ausmaß der Parteizugehörigkeit und –bindung der Akteure in Verwaltung und Kommunalpolitik zum Ausdruck.

Mit der inhaltlichen Parteipolitisierung wird die Ausrichtung der Argumentation und des Abstimmungsverhaltens an weltanschaulichen und über den lokalen Kontext hinausweisenden, programmatischen Bezugspunkten bezeichnet. Unter der prozeduralen Parteipolitisierung kann das Ausmaß konkurrenzdemokratischen Verhaltens verstanden werden, z.B. der Grad der Geschlossenheit des Abstimmungsverhaltens der Fraktionen und der Trennung des Rates in Oppositions- und Mehrheitsfraktionen. In der kommunalen Konkurrenzdemokratie treten die einzelnen Personen hinter einer starken Parteiorganisation und Fraktionsdisziplin zurück. Die Parteipolitisierung der Kommunalpolitik ist in der Konkurrenzdemokratie in personeller, inhaltlicher und prozeduraler Hinsicht stark ausgeprägt. Dementsprechend wird auch erwartet, dass bei konkurrenzdemokratischen Strukturen die Bürgermeister durch ihre Einbindung in die Parteien eine weniger starke Machtposition haben und anders als bei konkor-

danzdemokratischen Strukturen häufig aus der ehrenamtlichen Kommunalpolitik stammen (vgl. Holtkamp 2008).

Vor dem Hintergrund des niedrigen Organisationsgrades der Parteien, der geringen durchschnittlichen Gemeindegröße und der kommunalrechtlichen Rahmenbedingungen erwarten Bogumil/Holtkamp (2013: 167) im Durchschnitt der sächsischen Städte und Gemeinden relativ starke konkordanzdemokratische Muster. Außerdem wird in der politikwissenschaftlichen Literaturdavon ausgegangen, dass die konkordanzdemokratischen Strukturen auch durch die regionale politische Kultur in den ostdeutschen Bundesländern begünstigt und intensiviert werden. Demnach wirke die Prägung durch das unter der Herrschaft der SED propagierte Ideal einer „widerspruchsfreien Gemeinschaft" (Neckel 1995: 672) auch nach dem Ende der DDR fort. Hinzu käme die Erfahrung vieler Bürger aus DDR-Zeiten, dass sich der offene Austrag von Konflikten nur zum eigenen Nachteil auswirken kann. Darüber hinaus werden das zu DDR-Zeiten nach außen grundsätzlich geschlossene Auftreten von Verwaltung und Vertretungskörperschaft, die Erfahrungen an den runden Tischen der Wendezeit und das aus den historischen Erfahrungen von Parteidiktatur und Blockparteien resultierende äußerst geringe Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die politischen Parteien als Ursachen für eine relativ geringe kommunalpolitische Parteipolitisierung und stark ausgeprägte konkordanzdemokratische Strukturen auf der kommunalen Ebene angeführt (vgl. Bogumil/Holtkamp 2013: 166f.; Pollach/Wischermann/Zeuner 2000).

In normativer Hinsicht werden der Konkordanzdemokratie gegenüber der Konkurrenzdemokratie Defizite bei der Input-Legitimität zugeschrieben. Durch das Fehlen des Dualismus von Verwaltungsvorstand und Mehrheitsfraktionen einerseits uns Oppositionsfraktionen andererseits ist insbesondere eine geringere Leistungsfähigkeit der Konkordanzdemokratie bei der demokratischen Kontrolle von Verwaltungsspitze und Ratsmehrheit sowie hinsichtlich der Transparenz des kommunalpolitischen Entscheidungsprozesses zu erwarten. Die Zuschreibung politischer Verantwortlichkeit fällt den Wählern unter konkordanzdemokratischen Bedingungen ebenfalls tendenziell schwerer, da die Fraktionen häufig nicht geschlossen abstimmen[1] (vgl. Holtkamp 2013: 189).

Im Hinblick auf die Output-Legitimität (politische Steuerungs- und Problemlösungsfähigkeit) ist die Konkordanzdemokratie der Konkurrenzdemokratie dagegen überlegen. Unter konkordanzdemokratischen Bedingungen sind parteipolitisch motivierte Politikblockaden zwischen Verwaltungsspitze und Rat nicht zu erwarten. Die Machtposition und politische Steuerungsfähigkeit der Verwaltungsspitze wird in der Konkordanzdemokratie zudem durch die Rekrutierungsmuster der Bürgermeister gestärkt, die im Vergleich zur Konkurrenzdemokratie seltener

[1] Da eine dezidierte kommunalpolitische Oppositionsarbeit und eine starke Parteipolitisierung der Kommunalpolitik jedoch von vielen Bürgern nicht befürwortet werden, trägt die kommunale Konkurrenzdemokratie kaum zu einer größeren Demokratiezufriedenheit der Bürger bei. Die höhere Input-Legitimität der Konkurrenzdemokratie führt somit nicht zu einem größeren Legitimitätsglauben der Bürger.

direkt aus der ehrenamtlichen Kommunalpolitik rekrutiert werden und häufiger über große Verwaltungsführungserfahrung und –kompetenz verfügen.

3. Daten und methodisches Vorgehen

Im Gegensatz zur Kommunalpolitik in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg liegen für den Freistaat Sachsen ebenso wie für die anderen ostdeutschen Bundesländer jedoch bisher nur wenige umfangreichere, empirische Untersuchungen zur tatsächlichen Funktionsweise der Demokratie auf kommunaler Ebene vor. Daher hat die Akademie für lokale Demokratie e.V. mit einer schriftlichen Befragung eine eigene Datenerhebung in allen 65 Gemeinden des sächsischen Erzgebirgskreis durchgeführt. Im Herbst 2013 wurden alle (Ober-)Bürgermeister und Fraktionsvorsitzenden der drei größten Fraktionen in den Gemeinden des Erzgebirgskreises befragt (N=260).

Tabelle 1: Gemeindegrößen im Erzgebirgskreis

Einwohnerzahl	Anzahl der Gemeinden
Unter 2.000	6
2.000 bis 2.999	14
3.000 bis 4.999	17
5.000 bis 9.999	16
10.000 bis 19.999	7
Über 20.000	1

Quelle: Eigene Darstellung. Daten nach Statistisches Landesamt Sachsen, Gebietsstand 31. Oktober 2013; online: https://www.statistik.sachsen.de/download/010_GB-Bev/Bev_Z_Gemeinde_akt.pdf (26.3.2014)

Der Erzgebirgskreis ist ländlich und kleinstädtisch strukturiert. Die meisten Gemeinden sind sehr klein und haben weniger als 5.000 Einwohner (Stand 31.10.2013).

Im Mittelpunkt der Befragung standen die Untersuchung der Interaktion zwischen Bürgern, gewählten Kommunalpolitikern und Verwaltung sowie die Arbeit der Parteien und Wählervereinigungen in den Gemeinden. Außerdem wurden die Einstellungen der Befragten gegenüber Parteien in der Kommunalpolitik untersucht. Um die Kosten für den Versand und den Rechercheaufwand für die Erhebung der drei größten Fraktionen in den jeweiligen Gemeinderäten und Postanschriften der Fraktionsvorsitzenden zu begrenzen, wurden jeweils vier Fragebögen an die örtlichen (Ober-)Bürgermeister mit einem beiliegenden Anschreiben versendet, dass mit der Bitte versehen war, die enthaltenen Fragebögen, an die Fraktionsvorsitzenden weiterzureichen. Nach Abschluss der Erhebung im Dezember 2013 ergab sich eine Rücklaufquote von 26,9%. 70 Fragebögen wurden ausgefüllt zurückgesendet. Auffällig ist die im Vergleich

mit den Fraktionsvorsitzenden deutlich größere Beteiligung der (Ober-)Bürgermeister. 21 von 65 (Ober-)Bürgermeistern haben sich an der Befragung beteiligt (32,3%). 49 der 195 Vorsitzenden der drei größten Fraktionen haben geantwortet (25,1%).

Damit konnte trotz der vergleichsweise schwierigen Rahmenbedingungen der Befragung ein zufriedenstellender Rücklauf erreicht werden, insbesondere vor dem Hintergrund, dass wegen der online kaum verfügbaren Informationen über die Gemeinderäte auf ein persönlich adressiertes Anschreiben und auf eine Teilnahmeerinnerung verzichtet wurde. Bei der Verteilung der Rückläufer nach Organisationszugehörigkeit zeigt sich die erwartungsgemäß große Bedeutung parteipolitisch nicht organisierter Kommunalpolitiker im Erzgebirgskreis. 39,7% der (Ober-)Bürgermeister und Fraktionsvorsitzenden, die sich an der Befragung beteiligt haben, sind parteilos. Die zweitgrößte Gruppe der Befragten gehört der CDU an (32,2%). Alle anderen Parteien folgen mit großem Abstand.

Tabelle 2: Verteilung der Rückläufer nach Organisationszugehörigkeit

Organisation	Anzahl	Anteil	Organisation	Anzahl	Anteil
CDU	23	32,9%	FDP	4	5,7%
Die Linke	7	10,0%	Bündnis 90/ Grüne	1	1,4%
Freie Wähler	7	10,0%	Andere lokale Wählervereinigung	9	12,6%
SPD	6	8,6%	parteilose (Ober-) Bürgermeister	12	17,1%

Quelle: Eigene Darstellung

10,8 % der Befragten, die sich an der Befragung beteiligt haben, sind weiblich. Dieser sehr geringe Frauenanteil entspricht weitgehend dem niedrigen Anteil von Frauen an kommunalpolitischen Spitzenpositionen in Sachsen. Insgesamt haben 14,8% der sächsischen Gemeinden eine Bürgermeisterin[2] (vgl. Ernst & Young 2013: 50ff.).

[2] Für die Fraktionsvorsitzenden in den Städten und Gemeinden sind keine landesweiten Daten verfügbar. Ernst & Young (2013) haben die Fraktionsvorsitzenden in 38 sächsischen Gemeinden im Internet recherchiert und einen Frauenanteil von 11,7% erhoben. Insbesondere von kleinen Gemeinden liegen jedoch häufig keine online verfügbaren Daten vor.

4. Ausgewählte Ergebnisse der Befragung

Im Folgenden werden schlaglichtartig einige ausgewählte Befragungsergebnisse präsentiert. Der Fokus richtet sich dabei auf zwei Themenschwerpunkte: die Interaktion von Verwaltung und Gemeindevertretung (4.1) und die Bedeutung von Parteien in der Kommunalpolitik (4.2) in den Gemeinden des Erzgebirgskreises.

4.1 Interaktion von Verwaltung und Rat

Politik und Verwaltung sind auf kommunaler Ebene besonders eng verknüpft. Von besonderem Interesse ist daher die Frage nach der Interaktion von Verwaltung und Gemeindevertretung (Rat) im kommunalpolitischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess, die sich theoretisch auf einem Spektrum zwischen den Extremtypen einer quasi legislativen Programmsteuerung der Verwaltung durch die Gemeindevertretung einerseits und einer totalen Verwaltungsdominanz und Exekutivsteuerung verorten lässt. Die Ergebnisse der Befragung deuten auf eine starke Dominanz der Verwaltung bei wichtigen kommunalpolitischen Entscheidungen hin. Zugleich wird jedoch ein erhebliches Kontrollpotenzial der Gemeindevertretung gegenüber der Verwaltung erkennbar.

So stimmen 62,9% der Befragten folgender Aussage zu: „Wichtige kommunalpolitische Entscheidungen (z.B. Haushaltsplan, Bauleitplanung) werden vom Bürgermeister bzw. der Verwaltung beschlussfertig ausgearbeitet und die Ausschüsse und der Gemeinderat nehmen in der Regel keine inhaltlichen Änderungen mehr vor“. Mit 71,4% ist der Anteil der (Ober-) Bürgermeister, die dieser Aussage zustimmen besonders groß.

Angesichts der starken Verwaltungsdominanz in der Kommunalpolitik ist die Frage nach der demokratischen Kontrolle der Verwaltung somit besonders relevant, da im Extremfall einer totalen Verwaltungsdominanz und Exekutivsteuerung die Gemeindevertretung lediglich als Ratifikationsorgan administrativer (Vor-)Entscheidungen fungiert. Die Ergebnisse der Befragung legen den Schluss auf ein relatives hohes demokratisches Kontrollpotenzial des Gemeinderates gegenüber der Verwaltung nahe. 59,4% der Befragten stimmen folgender Aussage zu: „Wenn der Gemeinderat seine Kontrollmöglichkeiten ausschöpft, kann er sich gegenüber der Verwaltung immer durchsetzen“. Die Macht der Verwaltung über den Rat wird von den Befragten entsprechend ihrer kommunalpolitischen Rolle allerdings sehr unterschiedlich eingeschätzt. So ist zwar eine knappe Mehrheit der Befragten (52,2%) der Auffassung: „Die Verwaltung hat durch ihren Informationsvorsprung große Macht über den Gemeinderat“. Mit 58,3% stimmen die Fraktionsvorsitzenden dieser Aussage deutlich häufiger zu, als die (Ober-)Bürgermeister (38,1%), die diese Einschätzung überwiegend nicht teilen.

Um die Interaktion von Verwaltung und Gemeindevertretung genauer zu untersuchen, haben wir nach der Bedeutung von Verhandlungen im kommunalpolitischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess gefragt. Insbesondere vor dem Hintergrund der starken Stellung der Verwaltung im politischen Prozess ist zu erwarten, dass Verhandlungen zwischen Verwaltung und Gemeindevertretung dem Rat Einflussmöglichkeiten bieten und für die Mehrheitsbildung von Bedeutung sein könnten sowie und möglicherweise als ein funktionales Äquivalent zur institutionellen und funktionalen Gewaltenteilung fungieren könnten. Die Ergebnisse der Befragung zeigen, dass Verhandlungen eine große Bedeutung im kommunalpolitischen Entscheidungsprozess haben. 46% der Befragten stimmen folgender Aussagen zu: „Zwischen dem Bürgermeister und einzelnen Ratsmitgliedern finden im Vorfeld von Ratsbeschlüssen intensive, inhaltliche Verhandlungen zu kommunalpolitischen Sachthemen statt“. Offensichtlich sind derartige Verhandlungen vor allem in kleinen Gemeinden verbreitet, in größeren Gemeinden dagegen selten. 51,8% der Befragten aus Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern gaben an, dass intensive Verhandlungen zwischen dem Bürgermeister und einzelnen Ratsmitgliedern stattfinden, aber keiner der Befragten aus den Gemeinden mit über 10.000 Einwohner (N=8).

Demgegenüber berichten 46,9% der Befragten, dass im Vorfeld von wichtigen Ratsbeschlüssen in einem kleinen Kreis intensiv über inhaltliche Alternativen verhandelt und nach einem Kompromiss gesucht wird (z.B. im interfraktionellen Ältestenrat). Diese Praxis ist auch in den größeren Gemeinden geläufig. Verhandlungen haben somit zwar einen wichtigen Stellenwert im kommunalpolitischen Entscheidungsprozess, allerdings gibt jeweils eine knappe Mehrheit der Befragten an, dass in ihrer Gemeinde (eher) keine Verhandlungen stattfinden.

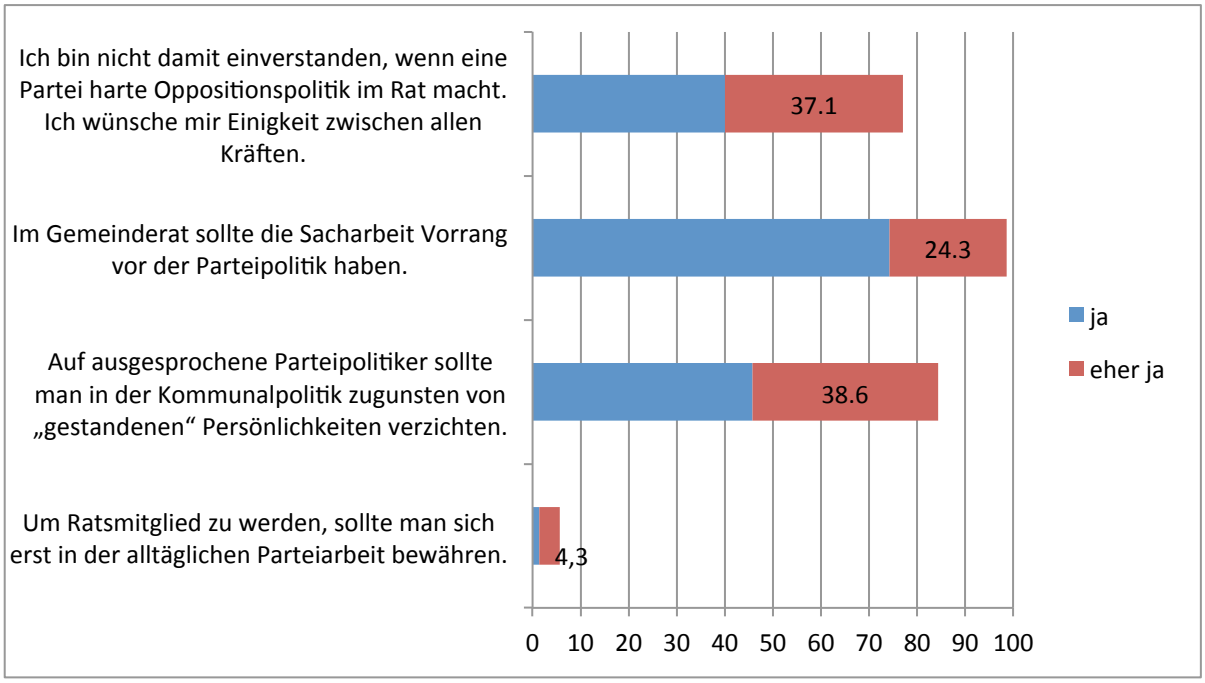
4.2 Parteien in der Kommunalpolitik

Um mehr über die lokale politische Kultur zu erfahren, haben wir nach den Einstellungen der (Ober-)Bürgermeister und Fraktionsvorsitzenden gegenüber einer Parteipolitisierung der Kommunalpolitik gefragt. Die kommunalpolitischen Einstellungen der Befragten sind überwiegend durch eine starke Kompromissorientierung und eine große Ablehnung einer funktionalen Gewaltenteilung zwischen regierender Mehrheit und Opposition in der Kommunalpolitik gekennzeichnet. So lehnen es 77,1% der Befragten ab, wenn eine Partei im Rat harte Oppositionspolitik macht. 98,6% der Befragten sind der Auffassung: „Im Gemeinderat sollte die Sacharbeit Vorrang vor der Parteipolitik haben“. Eine Parteipolitisierung der Kommunalpolitik wird ganz überwiegend abgelehnt. Parteien werden in der Kommunalpolitik äußerst skeptisch beurteilt.

94,3% lehnen die Aussage ab, dass sich jemand, um Ratsmitglied zu werden erst in der alltäglichen Parteiarbeit bewähren sollte. 84,3% sind der Ansicht, dass auf „ausgesprochene Parteipolitiker“ in der Kommunalpolitik verzichtet werden sollte. Die (Ober-)Bürger-meister und Frak-

tionsvorsitzenden in den Gemeinden des Erzgebirgskreises haben somit in normativer Hinsicht ausgesprochen konkordanzdemokratische Präferenzen und stehen einer Parteipolitisierung der Kommunalpolitik überwiegend äußerst ablehnend gegenüber.

Abbildung 1: Einstellungen der Befragten gegenüber Parteien in der Kommunalpolitik (Angaben in %)

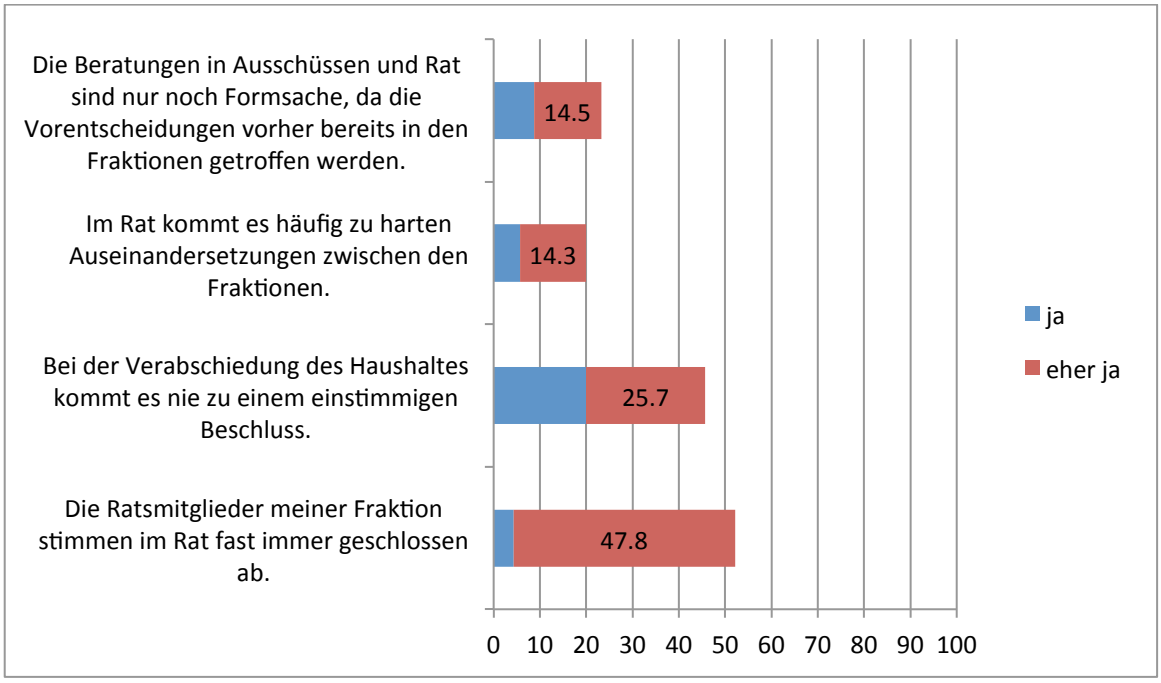


Quelle: Eigene Darstellung

Die Parteienskepsis der befragten Kommunalpolitiker geht im Erzgebirgskreis mit einer großen Organisationsschwäche der Parteien einher. 22,8% der Befragten geben an, dass ihre lokale Parteiorganisation/Wählervereinigung keine öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten durchführt. Lediglich 8,8% der Befragten erklären, dass ihre lokale Parteiorganisation/Wählervereinigung mehr als 5 öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten pro Jahr durchführt. In programmatischer Hinsicht sind die Parteien und Wählervereinigung dagegen aktiver als bei Öffentlichkeitsarbeit. 50% der Befragten geben an, dass ihre lokale Parteiorganisation/Wählervereinigung ein langfristig ausgerichtetes, themenübergreifendes kommunalpolitisches Programm hat. Die andere Hälfte verneint dies. Programmatische Positionen zu einzelnen kommunalpolitischen Themen werden noch seltener formuliert (32,2%).

Die prozedurale Parteipolitisierung der Kommunalpolitik in den Gemeinderäten des Erzgebirgskreises ist sehr schwach ausgeprägt. Den Fraktionen kommt nur eine sehr geringe Bedeutung als Vorentscheidungsgremien in der Ratsarbeit zu. Harte Auseinandersetzungen zwischen den Fraktionen sind selten. Die Fraktionsdisziplin ist relativ niedrig.

Abbildung 2: Ratsarbeit in den Gemeinden des Erzgebirgskreises (Angaben in %)



Quelle: Eigene Darstellung

5. Fazit

Im Vergleich mit älteren Untersuchungen der Ratsarbeit in baden-württembergischen und nordrhein-westfälischen Gemeinden zeigt sich, dass die Kommunalpolitik in den Gemeinden des Erzgebirgskreises extrem konkordanzdemokratisch geprägt ist (vgl. Holtkamp 2008: 184; 222f.; Holtkamp 2012: 199). Dies gilt sowohl für die normativen Präferenzen der (Ober-)Bürgermeister und Fraktionsvorsitzenden gegenüber einer Parteipolitisierung der Kommunalpolitik als auch für die prozedurale Parteipolitisierung der Ratsarbeit, die außerordentlich schwach sind. Der kommunalpolitische Willensbildungs- und Entscheidungsprozess wird weitgehend von der Verwaltung dominiert. Das Kontrollpotenzial des Gemeinderates gegenüber der Verwaltung wird von den Befragten jedoch zugleich als relativ hoch eingeschätzt, was wiederrum auch als Ausdruck der konkordanzdemokratischen politischen Kultur verstanden werden kann.

Verhandlungen haben im kommunalpolitischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess in den Gemeinden des Erzgebirgskreises eine große Bedeutung. Vor wichtigen Ratsbeschlüssen wird in vielen Gemeinden in einem kleinen Kreis intensiv über inhaltliche Alternativen verhandelt und nach einem Kompromiss gesucht wird (beispielsweise im interfraktionellen Ältestenrat). Diese Praxis ist auch in den größeren Gemeinden geläufig. In den kleinen Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern sind zudem auch Verhandlungen zwischen dem Bürgermeister und einzelnen Ratsmitgliedern vor einem Ratsbeschluss nicht unüblich.

Verhandlungen können die politische Steuerungs- und Problemlösungsfähigkeit zwar potenziell verbessern, gehen aber mit einem hohen Maß an Intransparenz einher. Über die Hälfte der Befragten gibt jedoch an, dass in ihrer Gemeinde (eher) keine Verhandlungen zwischen dem Bürgermeister und Mitgliedern des Rates stattfinden. Bei einer ausgeprägten exekutiven Führerschaft durch den Bürgermeister und meist gütlichem Einvernehmen der lokalen Honoratioren im Rat sind Verhandlungen als Modus der Interessenvermittlung und politischen Mehrheitsbildung in vielen kleinen Gemeinden offenbar funktional weitgehend entbehrlich.

6. Literatur

- Bogumil, Jörg/ Holtkamp, Lars (2013): Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung. Eine praxisorientierte Einführung, Berlin.
- Downs, Anthony (1957): An Economic Theory of Democracy, New York.
- Ernst & Young (2013): Abschlussbericht Forschungsprojekt. Frauen in der Kommunalpolitik in den neuen Ländern, online: http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/2013/abschlussbericht-forschungsprojekt-frauen-neue-laender.pdf?__blob=publicationFile (26.3.2013)
- Häußermann, Hartmut (1991): Lokale Politik und Zentralstaat. Ist auf kommunaler Ebene eine eigenständige und „alternative" Politik möglich?, in: Heinelt, Hubert/ Wollmann, Hellmut (Hrsg.): Brennpunkt Stadt. Stadtpolitik und lokale Politikforschung in den 80er und 90er Jahren, Basel, 52-91.
- Holtkamp, Lars (2012): Verwaltungsreformen. Problemorientierte Einführung in die Verwaltungswissenschaft, Wiesbaden.
- Holtkamp, Lars (2008): Kommunale Konkordanz- und Konkurrenzdemokratie. Parteien und Bürgermeister in der repräsentativen Demokratie, Wiesbaden.
- Lehmbruch, Gerhard (2000): Parteienwettbewerb im Bundesstaat. Regelsysteme und Spannungslagen im politischen System der Bundesrepublik Deutschland, 3. Aufl., Wiesbaden.
- Lehmbruch, Gerhard (1991): Das konkordanzdemokratische Modell in der vergleichenden Analyse politischer Systeme, in: Michalsky, Helga (Hrsg.): Politischer Wandel in konkordanzdemokratischen Systemen, Vaduz: 13-24.
- Lehmbruch, Gerhard (1967): Proporzdemokratie. Politisches System und politische Kultur in der Schweiz und in Österreich, Tübingen.
- Neckel, Sighard (1995): Die ostdeutsche Doxa der Demokratie, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 47 (4), 658-680.
- Pollach, Günter/ Wischermann, Jörg/ Zeuner, Bodo (2000): Ein nachhaltig anderes Parteiensystem. Profile und Beziehungen von Parteien in ostdeutschen Kommunen, Opladen.
- Wehling, Hans-Georg (1991): „Parteipolitisierung" von lokaler Politik und Verwaltung?, in: Heinelt, Hubert / Wollmann, Helmut (Hrsg.): *Brennpunkt Stadt. Stadtpolitik* und lokale Politikforschung in den 80er und 90er Jahren, *Basel* u.a.